

ARCHIV  
Büro des Sozialdemokratischen  
Landesverbandes Bonn



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/107 - 14. Mai 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831 - 33  
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Innenpolitik auf dem Aussterbe-Etat? Von Franz Barsig	63
3 - 4	Vorstufe zur Gipfelkonferenz Bericht aus Genf	69
5	20 Millionen Frauen mehr als Männer Ergebnisse der russischen Volkszählung	31
5a	Pionier der österreichischen Gewerkschaften Zum Tode Johann Böhm	25
5a	Anreks Klage Erkenntnisse einer Informationsreise	24
6 - 7	Niedersachsen wieder unter Kopfs Führung Katzenjammer der CDU	71
8	Im Blickpunkt Berlin Das Luftbrückendenkmal und sein Schöpfer	40

\* \* \*  
\* \*

Innenpolitik auf dem Aussterbe-Etat?

Von Franz Barsig

Der Satz, die Außenpolitik sei Deutschlands Schicksal, bleibt unbestritten. Es ist richtig, daß sich in diesen Wochen alle Augen nach Genf richten, denn diese Außenminister-Konferenz ist nun einmal für unser geteiltes Land von größter Bedeutung. Aber ist es anständig, daß man weiter so tut, als wenn es überhaupt keine Innenpolitik gebe? Darf es weiter so bleiben, daß man automatisch vom innenpolitischen Winterschlaf in den Sommerschlaf verfällt und dieser wieder von Winterschlaf abgelöst wird? Da uns niemand einreden kann, daß es Millionen von Kriegsoffizieren außer Genf gleichgültig ist, wie ihre künftigen Renten beschaffen sein sollen, da es einfach nicht stimmt, daß wieder Millionen von Mietern außer Genf kein Interesse daran haben, welche Mieten sie künftig zahlen sollen, weil wir wissen, daß die halbe Million Bergarbeiter an der Ruhr neben Genf auch noch die Feierschichten spürt, darf man mit Recht dafür plädieren, daß die Innenpolitik nicht total in ein Armeleutestübchen verdrängt wird.

Aber anstatt sich mit diesen Themen zu beschäftigen, glaubt man, die Innenpolitik bestehe in den nächsten Monaten nur daraus, ob der Kanzler Erhard nicht mag und Eitel gern möchte.

Die Sozialdemokraten haben lebhaft bedauert, daß Adenauer und die CDU es glauben verantworten zu können, die Neubildung der Regierung bis in den September zu verschieben. Sie halten es nach wie vor für einen schlechten politischen Stil, daß ein vielleicht gewählter aber nicht amtierender Bundespräsident sich noch weitere drei Monate in Scharmützelkrieg der täglichen Politik bewegen will. Sie sind der Meinung, daß dieses Problem auf der Tagesordnung bleibt. Sie haben aber angesichts der prekären deutschen Situation und hier vor allem im Hinblick auf Genf wenig Verständnis dafür, daß man die deutsche Öffentlichkeit ständig mit dem Kleinkrieg belästigt, der innerhalb der CDU/CSU um die Neubildung der Regierung tobt. Sie ha-

ben zwar von einem sogenannten "Fairness-Abkommen" zwischen Erhard und Etzel vernommen, aber sie wissen genau, wie die propagandistischen Königsmacher aus beiden Häusern ständig versuchen, sich gegenseitig das Wasser abzugraben und die politische Albernheit bis zum Exzess geht.

Es ist bedauerlich, daß durch dieses Ränkespiel eine Reihe von wirklich wichtigen innenpolitischen Fragen aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit verdrängt wird, obwohl gerade jetzt der auf dem Kieler Parteitag der CDU zur Leitlinie der Innenpolitik erhobene Satz "Die Grenzen des sozialen Rechtsstaates sind erreicht" in der Praxis durchexerziert wird. Das gilt für die Neuregelung der Kriegsopferversorgung, denn von einer Reform kann in diesem Zusammenhang überhaupt nicht die Rede sein. Das gilt auch für die Neufassung der Mieten- und Kündigungsschutzgesetzgebung, denn hier wird soziales Recht abgebaut.

Auch die Bergarbeiter spüren seit einem Jahr, daß sie der sozialen Schutzpflicht des Staates entbehren müssen, und sie werden vermutlich noch weiter warten müssen, daß man sich heute in Straßburg wirklich auf einen Plan einigt, der mit den Fezlerschichten endlich Schluß macht.

Die besondere Hervorhebung dieser drei Probleme bedeutet nicht etwa, daß sonst das Haus innenpolitisch bestellt wäre. Das Jugendarbeitsschutzgesetz wartet immer noch darauf, verabschiedet zu werden, das weite Gebiet der Kultur- und Bildungsfragen ist weitgehend unbeackert geblieben, und bei den Haushaltsberatungen im kommenden Monat wird man erneut feststellen können, daß es noch eine Fülle von Problemen zu lösen gilt.

Es wird auf den Bundestag ankommen, ob er der Öffentlichkeit verdeutlichen kann, daß es auch innenpolitisch wirklich brennende Fragen gibt. Dabei kommt es gar nicht so sehr darauf an, ob dieses oder jenes Gesetz bereits beratungsreif ist, sondern, ob man es wieder versteckt, das Hohe Haus zu einem Forum zu gestalten, in dem Politik getrieben wird.

14. Mai 1959

Vorstufe zur Gipfelkonferenz

G.M., Genf

Spät am Mittwochabend wurde bekannt, daß die Delegationen von ihren Regierungern Empfehlungen erhalten hatten, wonach die Eröffnungsreden in Ton und Inhalt so gehalten werden sollten, daß der gemeinsame Wille zur Einberufung der Gipfelkonferenz demonstrativ zum Ausdruck käme. Wie man hört, hat es auf Grund dieser Anweisung Textänderungen gegeben, durch die das gewünschte Resultat erzielt wurde. Es gilt jetzt in Genf als sicher, daß Ost und West unbedingt an der Gipfelkonferenz interessiert sind und sicher alles versuchen werden, um schon auf der Außenminister-Konferenz eine Tagesordnung für das Treffen der Regierungschefs aushandeln zu können.

Selbstverständlich konzentrierte sich bei den Eröffnungsreden am Mittwochnachmittag die Aufmerksamkeit auf den russischen Außenminister Gromyko. Wie zu erwarten war, wiederholte Gromyko die bekannte These, daß der Friedensvertrag mit Deutschland von den Deutschen selbst erarbeitet werden müßte. Interessant war jedoch der so sehr betonte Hinweis darauf, die Sowjets würden Gegenprojekte des Westens aufmerksam studieren.

Diese Bemerkung Gromykos fand deshalb starke Beachtung, weil in den ersten Konferenztagen von sowjetischer Seite, unterstützt von Mitgliedern der DDR-Delegation, die Version verbreitet worden war, Moskau werde unbedingt auf der Behandlung des eigenen Vorschlages auch dann bestehen, wenn der Westen selbst Vorschläge zum Friedensvertragsentwurf der Sowjets unterbreiten würde.

Es scheint in der westdeutschen Delegation jedoch nicht der Wille zu bestehen, eine deutsche Initiative zu entwickeln. Hier stützt man sich auf die Bemerkung des amerikanischen Außenministers Herter in seiner Eröffnungsrede, der gesagt hatte, der Westen könne nicht auf die im Jahre 1955 ausdrücklich übernommene Verpflichtung für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands verzichten.

In der Rede von Gromyko gab es noch einige andere bemerkenswerte Punkte. Der sowjetische Außenminister betonte nachdrücklichst, daß seine Regierung die Voraussetzungen für die Regelung der deutschen und allgemeinen europäischen Probleme für günstig halte. Hierbei wies Gromyko

auf Erklärungen Chruschtschows hin, auf den Besuch Macmillans in Moskau, die Fühlungnahme Mikojans in den Vereinigten Staaten mit amerikanischen Staatsmännern und auf die von de Gaulle ausgesprochene Anerkennung der Oder/Neiße-Grenze.

Wie zu erwarten war, hat besonders die Bemerkung Gromykos über die Oder/Neiße-Grenze bei polnischen und französischen Konferenzbeobachtern starke Beachtung gefunden, da ursprünglich in diesen Kreisen angenommen worden war, daß die Sowjets Grenzfragen erst im weiteren Verlauf der Konferenz ansprechen würden.

Der Teil der Rede Gromykos, in dem dieser die Ausrüstung der Bundesrepublik mit Atomwaffen kritisierte und hinzu fügte, auch der Osten könne - wenn er wolle - den Westen vor vollendete Tatsachen stellen, wird in Konferenzkreisen als der Versuch des sowjetischen Außenministers gewertet, den Westen zu einer Verzögerung der atomaren Ausrüstung der Bundesrepublik zu veranlassen, um auf diese Weise das Terrain für die Gipfelkonferenz zu ebnen.

Ob Bonn diesen Wink verstehen wird, muß bezweifelt werden. Aus amerikanischen Konferenzkreisen war jedenfalls zu hören, daß man mit Rücksicht auf den allgemeinen Wunsch, eine Gipfelkonferenz zustande zu bringen, von Seiten Washingtons sicher keinen Druck auf die Regierung der Bundesrepublik hinsichtlich der Beschleunigung der atomaren Bewaffnung ausüben werde.

Eine bemerkenswerte Übereinstimmung in allen Eröffnungsreden der "Großen Vier" ergab sich bei der Feststellung, daß die jetzt stattfindende Außenministerkonferenz nicht alle Probleme auf einmal lösen könne. Man würde die Konferenz schon als einen Erfolg betrachten, wenn es möglich sei, die Tagesordnung für die Gipfelkonferenz zu bestimmen. In dieser Beziehung hat besonders der britische Außenminister Selwyn Lloyd bei Erwähnung der vier zu lösenden Probleme - Wiedervereinigung Deutschlands, Berlin-Frage, Friedensvertrag und europäische Sicherheit - darauf hingewiesen, daß man in Etappen vorgehen müsse.

Bei genauer Analyse der einzelnen Eröffnungsreden kann vermutet werden, daß Selwyn Lloyd die "Etappen-Theorie" deshalb erwähnt hat, um es den Sowjets zu ermöglichen, das westliche "Verhandlungspaket" zunächst als Ganzes zwar abzulehnen, dann aber in seine Bestandteile - in mehreren Etappen - zu zerlegen.

20 Millionen Frauen mehr als Männer

sp - In der Sowjetunion beherrechen die Frauen vom 33. Lebensjahr ab das Straßenbild der Städte. Das ist schon vielen Besuchern aufgefallen. Auch auf dem Lande stellen sie den größten Teil der Bevölkerung. Nach den Ursachen dieser ungleichen Geschlechterverteilung braucht man nicht lange zu suchen, sie sind in den hohen Kriegsverlusten zu finden.

Aufschlußreiche Angaben erhält das dieser Tage vom Statistischen Zentralamt der Sowjetunion veröffentlichte Ergebnis der russischen Volkszählung vom 15. Januar dieses Jahres. Die Zahlen sind nicht definitiv, wie ausdrücklich hervorgehoben wird, aber sie sprechen Bände. Danach zählte die Sowjetunion an diesem Stichtag 208 826 000 Einwohner, ein Mehr von 18 Millionen im Vergleich zur letzten Volkszählung von 1939. Der gegenwärtige Geburtenüberschuß beträgt 3 500 000. Die Jahrgänge bis zum 32. Lebensjahr sind ausgeglichen, wogegen in den darauffolgenden Jahrgängen die Frauen weit überwiegen. Nach der Statistik gibt es in der Sowjetunion 94 Millionen Männer und 114 800 000 Frauen, also einen Unterschied in der Größenordnung von 20 000 000. Danach haben fast eine ebenso große Anzahl von Männern im zweiten Weltkrieg den Tod gefunden - auf dem Schlachtfeld, in der Gefangenschaft und durch Massensexekutionen. (Der in Amerika lebende russische Historiker, J.W. Dallin, gibt in seinem Buch : Die deutsche Herrschaft in Russland, die Zahl der in der Gefangenschaft von der SS erschossenen russischen Soldaten mit 560 000 an.)

Die russischen Kriegsverluste sind absolut und relativ unvergleichlich höher als die Verluste irgend anderer am zweiten Weltkrieg beteiligten Staaten, Deutschland inbegriffen. Die Furcht vor einer Wiederholung dieser Tragödie, die, abgesehen von materiellen Schäden und der völligen Verwüstung Weßrusslands, 20 Millionen Männern das Leben kostete, bestimmt heute wesentlich das Verhältnis der Sowjetunion zur Außenwelt.

Pionier der österreichischen Gewerkschaften

ler. Mit Johann Böhm hat die österreichische Gewerkschaftsbewegung eine ihrer markantesten und profiliertesten Persönlichkeiten verloren. Der 74 Jahre alt gewordene Johann Böhm kam als blutjunger Arbeiter zur Gewerkschaft und Partei, in denen er sich hocharbeitete und die ihn mit wichtigen Stellungen betrauten. Böhm bekam unter Dollfuß und während des Dritten Reiches die ganze Bitternis eines politisch Verfolgten zu spüren. Mit dem verstorbenen Staatspräsidenten Theodor Körner sass er gemeinsam im Gefängnis. Sein Name hatte schon in den Vorkriegsjahren einen guten Klang, in ihm verkörperte sich der Aufstiegszwillen des österreichischen Arbeiters.

Die grosse Zeit für Böhm brach nach 1945 an. Gleich nach dem Zusammenbruch widmete der ungebrochene und vitale Mann seine ganze Leistungskraft dem Wiederaufbau der österreichischen Gewerkschaften, die ihn in allen darauffolgenden Kongressen zu ihrem Präsidenten wählten. Als zweiter Präsident des Nationalrates und als Vorsitzender des Hauptverbandes österreichischer Sozialversicherungsträger prägte Johann Böhm der österreichischen Sozialgesetzgebung die Stempel seines Wirkens auf. Wenn die Alpenrepublik nach ihrem Wiedererstehen von grossen inneren Erschütterungen verschont blieb, die Arbeiter in Staat und Gesellschaft eine gleichberechtigte Stellung erlangten, so haben sie dies solchen Männern wie Johann Böhm zu verdanken, der nie seinen Ursprung verlor und sich den arbeitenden Menschen stets verbunden fühlte. Seine Gegner - Feinde besass er nie - schätzten ihn als eine aufrechte, lautere und integre Persönlichkeit von hohem Rang. Die Lücke, die sein Tod hinterlässt, wird schwer zu füllen sein.

+ + +

Anrehs Klage

sp - Nach seiner Rückkehr von einer zweiwöchigen Inspektionsreise in die Länder des Nahen Ostens beklagte sich der Bürgermeister von Berlin, Anrehs, vor der Berliner Presse über das Unverständnis, das die Bundesregierung diesen Ländern entgegenbringt. Ihm fiel auf, dass die Bundesrepublik in diesen Ländern diplomatisch äusserst schwach vertreten ist, dass die Botschaften an Personalmangel leiden und dass sie deshalb der propagandistischen Aktivität der ausserordentlich stark besetzten Missionen und Vertretungen der DDR nicht wirksam genug begegnen können.

Diese Klage wird nicht zum ersten Mal erhoben, schon bei früheren Gelegenheiten hat es darüber heftige und berechtigte Kritik gegeben, ohne dass das Bonner Auswärtige Amt sich dadurch veranlasst sah, entsprechende Schritte zu unternehmen. Die DDR handelt von ihrem Standpunkt aus gesehen hier viel klüger, sie schickt arabisch sprechendes Personal in diese Länder, pflegt einen regen Kulturaustausch und ist erfolgreich bemüht, auch die wirtschaftlichen Kontakte zu erweitern. Scheut die Bundesregierung auf diesen so bedeutsamen Gebiet notwendiger diplomatischer Aktivität den Wettbewerb? Will sie das propagandistische Feld der DDR überlassen?

Die Länder des Nahen Ostens sind in ihrer Wehrheit politisch neutral, sie halten sich fern vom Spannungsfeld zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Ihre Bedeutung in der Vereinten Nationen nimmt zu, bei Abstimmungen geben sie oft den Ausschlag. Es ist Zeit, dass die Bundesrepublik auch im Nahen Osten stärker in Erscheinung tritt, da nicht ausgeschlossen zu sein scheint, dass diese Länder, sollte die Deutschlandfrage einmal vor die UNO kommen, hier ein gewichtiges Wort mitzureden haben.

+ + +

### Niedersachsen wieder unter Kopf's Führung

J.Sch. - Vergnügt in sich lächelnd, nahm der Sozialdemokrat Heinrich Wilhelm Kopf im Landtag entgegen, was CDU und DP ihm zu sagen hatten. Kopf saß dabei zum ersten Mal nach vier Jahren wieder an der Stelle, die er fast zehn Jahre lang im Landtag eingenommen hatte: auf dem für den Ministerpräsidenten reservierten Platz. 24 Stunden vorher war Kopf, als er sich jetzt die "Aussprache zur Regierungserklärung" anhörte, zum ersten Mann des Landes gewählt worden. Vier Jahre lang hatte er diesen Platz Heinrich Hellwege von der Deutschen Partei einräumen müssen, seit dem Mai 1955, als die CDU eine "Koalition um jeden Preis" gegen die auch damals stärkste Partei, die SPD, auf die Beine gestellt hatte. Zweieinhalb Jahre davon saß Kopf als Abgeordneter auf den Bänken der Opposition, dann, als es ohne die SPD nicht mehr ging, als Innenminister auf der Regierungsbank. Jetzt sitzt er wieder auf dem Platz, der ihm nicht nur deshalb gebührt, weil die SPD mit fast 40 Prozent aller Stimmen wieder die stärkste Partei im Lande ist, die sie immer war, sondern auch deshalb, weil er wie kein zweiter landauf, landab den Typ des "Landesvaters" verkörpert, wie ihn das Land zwischen Nordsee und Harz braucht: ein Mann aus dem Volke, der auch mit den "anderen" zu reden weiß.

Zu einer Koalition gegen die SPD hatte sich die CDU auch diesmal wieder mit den kleineren Parteien verschworen, noch ehe die Wähler überhaupt gesprochen hatten. Eine zeitlang schien es so, als strebe die CDU die große Koalition an, aber der Hochmut kam, wie immer, vor dem Fall: wenige Tage vor der Wahl wurde das Ruder abrupt herumgeworfen. Allerdings ging es diesmal nicht mehr "um jeden Preis", denn mit ihren 40 Prozent konnte die SPD diesmal, wenn es um den "Preis" ging, gewichtiger mitreden als vor vier Jahren, und der in einem Teil der Industrie beheimatete Flügel der CDU, der die SPD isolieren wollte, hat sich denn auch gewaltig verkalkuliert.

Leidtragender der ungeschickten CDU-Taktik wurde der bisherige Ministerpräsident Hellwege, dem nach den Enttäuschungen seiner ersten Regierungsjahre bewußt geworden war, daß man in Niedersachsen weder gegen, noch ohne die Sozialdemokraten regieren kann und der sich daher bis zuletzt gegenüber der SPD loyal verhielt. Daß er dabei im eigenen Interesse handelte, ist ihm nicht zu verdenken; daß ihm seine Partei



nicht so folgte, wie er es gebraucht hätte, ist zusammen mit dem Ungeschick der CDU sein Pech. Wäre das nicht gewesen, sähe die Koalition in Niedersachsen heute anders aus.

Die SPD hat nie ein Fehl daraus gemacht, daß sie im Zonenrenzland Niedersachsen wegen der Zonenrenze die große Koalition anstrebt. Erst als die CDU das zweimalige Angebot ausschlug, ging Kopf zu den "Kleinen". Er konnte nicht nur substantiell mehr anbieten als die CDU. Wahrscheinlich hat das größere Angebot den Ausschlag gegeben; aber nicht allein das war es, was schließlich SPD, BHE und FDP zusammenführte. Die SPD war nicht mit dem Odium belastet, die "Kleinen" vernichten zu wollen, während unvergessen war, daß die CDU noch zwei Tage vor der Wahl mit Mitteln, die juristisch hart an der Grenze des Erlaubten stehen, moralisch aber überhaupt nicht diskutierbar sind, einen Drang zum Zweiparteiensystem gewaltsam herbeizuführen versuchte. Daher war die Partnerschaft, die die SPD den BHE und der FDP anbieten konnte, von vornherein glaubwürdiger als alles das, was die CDU anbot, zumal auch dieses "Weniger" in einer Form angeboten wurde, die auf die "Kleinen" alarmierend wirkte. Mit anderen Worten: Die CDU konnte nicht nur weniger anbieten, sie hat dieses "Weniger" auch schlechter angeboten.

Der Katzenjammer, der sich innerhalb der CDU breitmachte, als alle ihre Felle davongeschwommen waren, ist heute noch nicht überwunden. Die CDU hatte Mühe, einen Fraktionsvorsitzenden zu finden; erst nach längerem Zögern fand sich der Abgeordnete Scherf dazu, dieses Amt wieder zu übernehmen. Denn Scherf gehört zu jenen CDU-Männern, die die große Koalition angepeilt hatten und in letzter Stunde vom Industriellen-Flügel überrumpelt wurden. Scherf war darum in der Diskussion zur Regierungserklärung ein schwacher Anwalt der CDU-Position. Man merkte ihm das Unbehagen an, eine schlechte Sache verteidigen zu müssen. In einer etwas besseren Ausgangsposition war der Sprecher der DP, der Abgeordnete Schönfelder. Er konnte, ohne an Gesicht zu verlieren, die Wertstellung anklingen lassen, die die DP einnimmt, seit sie die meisten Brücken zur CDU abgebrochen hat.

Eine Liebesheirat ist die Koalition, die die SPD mit FDP und BHE eingehen mußte, gewiß nicht. Beide Parteien waren in der Vergangenheit, ob unter Kopf oder Heilwege, schwierige Partner. Es bleibt abzuwarten, ob sie aus der Vergangenheit gelernt haben.

Im Blickpunkt Berlin

H.G.S. - Eines der jüngsten Wahrzeichen Berlins steht in diesen Tagen wieder im Blickpunkt: Das Luftbrückendenkmal in Berlin-Tempelhof, das auf dem "Platz der Luftbrücke" mächtig in den Frühjahrshimmel aufragt.

Frische Kränze offizieller Stellen und privater Spender schmücken das Denkmal, das die Berliner mit einem liebevollen aber verbissenen Humor "Hungerharke" oder "Hungerkralle" nennen.

Denn wieder steht die Frage über Westberlin: Was wird aus uns? Wenige wissen, daß der Schöpfer des Denkmals, Professor Eduard Ludwig, einer der großen Architekten aus der Dessauer Bauhaus-Zeit ist, er war Schüler Mies van der Rohe. Ludwig wurde 1906 in Milhausen (Thüringen) geboren, kam aus dem Volke, wurde Tischlergeselle und arbeitete sich zum Architekten voran. Nach der Dessauer-Bauhaus-Zeit war er in der Hochbauabteilung der Reichspost tätig. Sein Denkmal in Tempelhof ist eines der modernsten Europas, es vereinigt ästhetische Gesichtspunkte mit politischen. Es ist 20 Meter hoch und 6 Meter breit. Die drei Bahnen des aufragenden Bogens bedeuten die drei Luftkorridore nach Berlin: von Hamburg, Hannover und München.

Berlin hat in diesen Tagen besonders der Luftbrücke gedacht, die vor zehn Jahren zur Rettung der unabhängigen Existenz wurde.

Die Anwesenheit von Earl Clement Attlee, Robert Schumann, Lucius D. Clay, Sir Brian Robertson, Frank L. Howleys, Jean Genevalls, Sir Brian Brakers, William Turners, Sir Otway Herberts, also bedeutender Politiker zur Epoche, in der die Luftbrücke durchgeführt wurde, sowie der Männer, die für sie verantwortlich waren, rief die Tage, Monate und Stunden der Entscheidung von damals in das allgemeine Bewußtsein der Berliner zurück, die heute mit besonderer Aufmerksamkeit nach Genf schauen.

Und als die 70 Familienangehörigen der Opfer der Luftbrücke aus England und den USA unter diesem Denkmal standen, wußte jeder: ihr Opfer verhinderte damals einen möglichen Weltkrieg. Der 12-jährige Robert Weaver, der mit seiner Mutter Mabel kam, der seinen Vater als Piloten der Luftbrücke verlor, hat in Berlin erleben dürfen, was er als zweijähriges Kind vor zehn Jahren noch nicht wahrnehmen konnte: welche schwere Verantwortung Menschen für Menschen übernehmen müssen, wenn es um den Frieden geht.

Das Opfer von damals verpflichtet die Lebenden von heute: laßt keine neuen Opfer notwendig werden. So mahnt das Luftbrückendenkmal von Professor Ludwig, vielleicht das potenzierteste Wahrzeichen der heutigen Welt.

+ + +

Verantwortlich: I.V. Albert Exler